

abo+ MÖRIKEN-WILDEGG

Gefährliche Veloroute unter der Bahnlinie hindurch: Regierungsrat erteilt den Forderungen eine Abfuhr

Mehrere Grossräte und Grossrätinnen hatten zwei Vorstösse dazu eingereicht, wie die Situation bei der Jurastrasse entschärft werden soll. Nun liegen die Stellungnahmen vor.

Eva Wanner

15.04.2024, 05.00 Uhr

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**

Gleich zwei Vorstösse zur engen, unübersichtlichen SBB-Unterführung an der Jurastrasse in Wildegg haben mehrere Grossrätinnen und Grossräte um Christian Minder (EVP, Lenzburg) eingereicht. Ein Postulat, in dem Sofortmassnahmen gefordert werden und eine Motion für die längerfristige Planung einer sicheren Veloroute.



Eng und unübersichtlich ist die Situation bei der SBB-Unterführung an der Jurastrasse.

Bild: Eva Wanner

In der Motion wird begründet, warum der Route nun besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte: Weil bald Schülerinnen und Schüler aus neun Gemeinden in Möriken-Wildeggen beschult werden sollen, was mehr Veloverkehr mit sich bringt.

[Bei einer Medienkonferenz zu diesem Zusammenschluss](#)

sagte Jeanine Glarner, Frau Gemeindeammann von Möriken-Wildeggen und FDP-Grossrätin, betreffend einer neuen Veloroute, die nicht der Hauptstrasse entlangführt, seien Gespräche mit dem Kanton im Gang. Glarner ist nicht unter den Unterzeichnenden der beiden Vorstösse zu finden. Sie begründete dies gegenüber der AZ unter anderem so: «Der Gemeinderat Möriken-Wildeggen ist seit Jahren mit dem Kanton an der Lösungsfindung. Hierzu

braucht es aus meiner Sicht keinen Vorstoss aus dem Grossen Rat.»

Und doch wurden eben gleich zwei eingereicht. Der Regierungsrat hat die Motion ebenfalls in ein Postulat umgewandelt und nimmt zu beiden Stellung.

Zu lange Planung und zu teure Umsetzung

Dass ein Problem besteht, ist bekannt. «Die Linienführung des Netzstücks der kantonalen Veloroute beim Bahnhof Wildegg erfüllt heute die Anforderungen an die Veloinfrastruktur nicht», so der Regierungsrat. Es wird aber auf die Planungsstudie Velo vom Jahr 2021/2022 verwiesen. Und diese wiederum kam zum Schluss, «dass sowohl kurzfristig wie auch mit einem langfristigen Zeithorizont keine einfachen Lösungen zur Schliessung der Netzlücke umgesetzt werden können».

Längerfristig wäre zwar eine neue Unterführung ein möglicher Ansatz; etwas, das auch die unterzeichnenden Mitglieder des Grossen Rats vorgeschlagen hatten. Allerdings würde das acht bis zwölf Millionen Franken kosten, wenn nicht mehr. Und auch zeitlich wäre es schlicht nicht möglich, eine solche Unterführung bis 2028 umzusetzen.

Umfahrung würde Problem lösen

Der Regierungsrat verweist stattdessen auf etwas, das die Gemeinde Möriken-Wildegg schon seit Jahren fordert: Eine mögliche Umfahrung. «Mit der heute im Richtplan

eingetragenen Linienführung kann die Jurastrasse so entlastet werden, dass eine eigene Velounterführung kaum mehr notwendig sein wird», so der Regierungsrat. Noch in diesem Jahr werde die Zweckmässigkeitsbeurteilung gestartet, bis Ende 2025 sollen die Resultate vorliegen. Indes: «Bis zur Inbetriebnahme einer allfälligen Umfahrung werden mehr als zehn Jahre benötigt.»

Parallel zur Beurteilung der Umfahrung würden deshalb nun Untersuchungen zur Veloroute stattfinden. Wenn die Resultate zur Umfahrung vorliegen, werde die Situation als Ganzes beurteilt.

Regierungsrat will Situation analysieren

Und bis dahin? Mehrere kurzfristige Massnahmen, um die Situation zumindest zu entschärfen, hatten die Grossrätinnen und Grossräte vorgeschlagen. Aber: Sie sind gemäss Regierungsrat alle nicht zweckmässig.

Er bezweifelt etwa, dass Velofahrende tatsächlich in der Mitte der Spur fahren würden, wenn man dies so signalisieren würde. Und dass es zur Sicherheit beitragen würde, im Gegenteil: Ein solches Signal über eine längere Strecke erscheine «als ungeeignet und provoziert allenfalls noch gefährlichere Überholmanöver bei allfälligem Gegenverkehr».

Eine «aufgezwungene und nicht logisch erkennbare Geschwindigkeitsreduktion» würde wohl ebenfalls «kaum akzeptiert und schlecht eingehalten». Eine

Sicherheitslinie wiederum würde möglicherweise dazu führen, dass Velofahrende trotzdem überholt werden – mit noch weniger Abstand als heute. Und mehr Kontrollen durch die Regionalpolizei? Das müsste der Gemeinderat in Auftrag geben. Es müssten aber auch die Voraussetzungen gegeben sein, um Fahrzeuglenkende zu büssen. Etwa, wenn eine Sicherheitslinie überfahren wird. Die aber eben gar nicht erst markiert werden soll.

Was sich der Regierungsrat hingegen vorstellen kann: Sensibilisierung. «Dabei könnte das bereits bekannte, insbesondere an Querungsstellen mit Velofahrenden angeordnete Signal ‹Andere Gefahren› mit dem Zusatzpiktogramm ‹Velofahrende› zweckdienlich sein.» Ausserdem sei der Regierungsrat bereit, «aufgrund einer Studie mit Videoanalyse und Geschwindigkeitsmessungen die tatsächlichen Defizite festzustellen». Das würde die effektive Gefährdung aufzeigen und daraus würden dann «mögliche und zweckdienliche Sofortmassnahmen abgeleitet und umgesetzt».

Mehr zum Thema

abo+ SCHULRAUM

Neue regionale Oberstufe in Möriken-Wildegg: Eine teure Hochzeit, zu der neun Gemeinden Ja sagen müssen

✓ Gelesen



Das könnte Sie auch interessieren

Weitere Artikel >